

Nicht genehmigungsfähig, bautechnisch unrealisierbar

300 Bürger kamen zur Informations-Veranstaltung der Schutzgemeinschaft Osser gegen ein PSW

Lam. (as) Der Saal des Hotels „Zur Post“ platze aus allen Nähten. Rund 300 Bürgerinnen und Bürger waren am Mittwoch der Einladung der Schutzgemeinschaft Osser gefolgt. In der Informationsveranstaltung bezogen die Mitglieder noch einmal energisch Stellung gegen den Bau eines PSW am Osser und hatten dazu eine Reihe von Referenten eingeladen.

Versammlungsleiter Erwin Molzan und SG-Vorsitzender Christian Billig zeigten sich überwältigt vom großen Zuhörerinteresse. Ersterer kündigte eine Videobotschaft von Prof. Dr. Sterner an, die bei anderer Gelegenheit gezeigt wird. Molzan fasste deren Botschaft wie folgt zusammen: „PSW haben keinen Sinn, sind mit großer Wahrscheinlichkeit nicht wirtschaftlich und daher unnötig.“ Vispiron warf er vor: keine Ehrfurcht vor der Schönheit des Ossers und vor den Bürgern von Engelschütt zu haben. Der Osser könne sich nicht gegen eine Industrieanlage wehren, darum werden die Bürger alles tun, um ihrem Hausberg zu helfen und Regierung, Landratsamt und Kirche klar machen: „Wir wollen dieses unsägliche PSW nicht!“

Dezentrale Energiewende

Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund Naturschutz, ging auf grundsätzliche Positionen zur Energiepolitik ein und plädierte erneut für die Abschaltung von Kohle- und Kernkraftwerken und eine dezentrale Bürgerenergie. Projekte, die ökologisch oder mit Versorgungssicherheit begründet werden, hätten vielfach nur den Profit als Ziel. „Es ist wichtig, dass sich die betroffenen Bürger intensiv mit dem Projekt auseinandersetzen, ein eigenes Bild machen, ihre Meinung artikulieren und jetzt mittels demokratischer Entscheidungsprozesse der Mehrheitsmeinung zu ihrem Recht verhelfen“, sagte Weiger. Er hoffte auf eine große Beteiligung am Bürgerentscheid und empfahl auch im Namen des BN mit Nein zu stimmen.

Eine dezentrale Energiewende von unten müsse durch Energieeinsparung und den ökologisch vertretbaren Ausbau der Erneuerbaren vollzogen werden. Zur Stromspeicherung war die entsprechende Umrüstung bestehender Biogasanlagen für ihn das zentrale Thema. Zudem stehe die Batteriespeichertechnologie vor einem Durchbruch. PSW seien Relikte und für den veränderten Energiemarkt nicht mehr nötig. „Nein beim Bürgerentscheid ist ein



Dr. Karl Vetter, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Landtag, mahnte zur Vorsicht hinsichtlich der Formulierungen der PwC Wirtschaftlichkeitsanalyse. Foto: Fischer-Stahl

Ja zum Ausbau dezentraler Strukturen, dazu sind die Bürger auch bereit. Nicht bereit sind sie, die letzten unverbauten Regionen für Investoren zu optern“. Der Widerstand im Lamer Winkel sei also nicht egoistisch, sondern liege im Interesse der ganzen Bevölkerung. Mit dem Hinweis: Geld ist nicht alles, Heimat kann man nur einmal verkaufen, appellierte er an das Bistum, den Wald, der auch Schöpfungswald sei, nicht zu verkaufen.

Prof. Dr. Löffelmann, Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, störte es eingangs, dass der Bürgermeister in einem Konflikt, der die Gemeinde bis in die Familien spalte, nicht regulierend eingreife, sondern sich in Schweigen hülle. Zum PSW sagte er, es gehe um den Schutz der Ferienregion, in der eine Industrieanlage nicht zulässig sei und ein PSW den einmaligen Lagevorteil zerstören werde. Zudem müssten die Bürger eine Wertminderung ihres Eigentums in Kauf nehmen und dem Tourismus würde die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Vor allem die Engelschütter wären mit gesundheitsgefährdenden Belastungen und der Unverkäuflichkeit ihrer Immobilien konfrontiert. Weiter sei das Quellwasser in Gefahr.

Die Fragestellung beim Bürgerentscheid müsste lauten: Sind sie dafür, dass der Markt Lam für die Erhaltung des Ferien- und Erholungsgebietes eintritt und damit für die Erhaltung der wirtschaftlichen Grundlage vieler Menschen, die hier wohnen? Er wolle nicht persönlich werden, habe aber den Eindruck, dass der Bürgerentscheid für den Bürgermeister ein Freibrief sein solle, um im Fall einer Mehrheit der Ja-Stimmen sagen zu können, er habe nur die demokratische Entscheidung durchgesetzt. Löffelmann bezeichnete es als unmögliche Situa-

on, dass man einem Investor alle Aufgaben überlässt und nichts von dem Gesagten überprüft. So entstehe der Eindruck, dass der Bürgermeister auf der Seite der Heimatzerstörer stehe.

Die Aussagen von Ministerin Aigner zum fehlenden Geschäftsmodell nannte er fundiert geprüft und er fragte sich, warum diese nicht berücksichtigt werden. Vispiron habe darüber hinaus keine Referenzen im PSW-Bau. Da dem Unternehmen mit der Kürzung der Solarstromvergütungen ein Geschäftsfeld weggebrochen sei, suche man nun neue Einnahmequellen. Am Rande bemerkte Löffelmann, dass mehr als die Hälfte der Umsätze mit der Vermittlung von Leiharbeit gemacht würden.

Die „Osserpaten“

Von den zu Osserpaten ernannten Gert Paulus und Klaus Bergbauer forderte er eine eindeutige Positionierung gegen das PSW oder die Rückgabe ihrer Patenschaft. Dann erläuterte er drei „Ko-Argumente“. 1. Das PSW sei wegen des Verstoßes gegen die Landesraumordnung nicht genehmigungsfähig. „Der BE soll ein Zusatzargument für den Bau schaffen, mit Nein zu stimmen ist Bürgerpflicht“, so der Appell. 2. Aufgrund der aufwendigen Behälterkonstruktion ist das PSW bautechnisch nicht zu realisieren. Die Kippgefahr des Oberbeckens könne nur durch massive Betonverfüllung in Verbindung mit Gestein verhindert werden. „Die im Internet dargestellte Teichkonstruktion können sie total vergessen.“ 3. Die Gefährdung des Trinkwassers. Hier sei nichts untersucht und keiner könne dazu etwas sagen. Der riesige Betonkörper und Betoninjektionen würden das Wasser mit Sicherheit

verunreinigen. Die vom Wasserbeschaffungsverband unternommenen Schritte, die Quellen zu schützen, nannte er unzureichend und am Problem vorbeigehend. „Wenn sogar der Vispiron-Hydrologie keine Garantien geben kann, kann das Risiko, dass das Wasser kaputt geht nicht ausgeschlossen werden. Das ist das Aus für das PSW.“

„Zauberei“

Die in Aussicht gestellte 1,15 Millionen Gewerbesteuer bezeichnete er als Zauberei, angesichts der Aigner-Aussage, Roughani, den er als „Chef der Heimatzerstörer“ bezeichnete, habe ein angeblich neues Geschäftsmodell aus dem Hut gezaubert. Die Zahl sei reine Fiktion, die auf Daten beruhen und nicht auf der Realität. Alle drei Bürgermeister seien auf diesen Trick reingefallen. Der Betrieb als Regelenergiekraftwerk stehe früheren Aussagen entgegen, wonach das PSW ein Beitrag zur Energiewende sei. Zur Sicherung der Netzstabilität sind die Netzbetreiber gesetzlich verpflichtet. Dafür hat Bayern in Irching ein Gastkraftwerk gebaut. Das Vispi-

ron-Geschäftsmodell sei folglich eine Erfindung. Auch die Plausibilisierung des Business Plans sei eine Täuschung, da PwC alle Annahmen des Unternehmens für bare Münze genommen habe und lediglich die Richtigkeit der Berechnungen geprüft habe. „Die Annahmen zur Gewerbesteuer sind ein schöner Traum ohne Substanz“, so Löffelmann. Von den drei Bürgermeistern forderte er: 1. sich öffentlich zu den Einheimischen zu bekennen, 2. den Schutz der Erholungslandschaft und Quellen zu unterstützen, 3. den potenziellen Heimatzerstörer mit seinem eloquenten Anführer auf Nimmerwiedersehen zu verabschieden, 4. die Folgen der Manipulation in Form von Lagerbildung zu beseitigen.

Christian Billig fasste abschließend das Gehörte noch einmal zusammen, betonte, dass man sich nicht für blöd verkaufen lasse und forderte zur zahlreichen Beteiligung am Bürgerentscheid und einem eindeutigen NEIN-Votum auf. „Damit werden zum ersten Mal Fakten geschaffen. Lassen sie ihr Herz, Heimatgefühl und Verstand entscheiden“, bat Billig.

Das sagten Karl Vetter und Karin Bucher

Als erste der Gastredner berichtete Chams Bürgermeisterin Karin Bucher über ihre Erfahrungen mit dem Biomasseheizkraftwerk. Keinesfalls wolle sie sich in die Entscheidungswege im Markt Lam einmischen. Aber jeder Politiker sollte sich bei solchen Projekten mit gewissen Dingen beschäftigen. In Cham besonders, da die kommunalen Stadtwerke an der Betreibergesellschaft knapp die Hälfte der Anteile hält. Da den Rest Planer und Familie Rädlinger mit privatem Kapital halten, sei sie von dem Projekt überzeugt gewesen. Ziel der Stadt sei nicht die Gewinnerzielung gewesen, sondern ein Fernwärmenetz aufzubauen, die günstige Versorgung von Goldsteig zu sichern und die regenerativen Energien zu fördern. Der Finanzierungsplan habe sich in der Praxis als zu optimistisch erwiesen, was auch in Lam für Skepsis sorgen sollte. „Ein Goldesel ist es immer noch nicht“, so Bucher. Froh sei sie mit Rädlinger einen Ansprechpartner vor Ort zu haben. Trotz großer Bürgerproteste sei sie auch von der ursprünglich viel größer dimensionierten Anlage der Staatsforsten überzeugt gewesen. Sie empfahl den Lamer Bürgern Skepsis gegenüber einem Investor zu zeigen, der kein eigenes Geld ein-

bringe, MdL, Dr. Karl Vetter sagte: „Zur Notwendigkeit von PSW gebe es auch ernst zunehmende Meinungen, die sagen Vielleicht.“ Überzeugt sei er, dass Strom gespeichert werden müsse, die Frage sei nur, welche Technologie es in der Zukunft sein werde. Der Energiedialog habe auch das Ziel der intensiven Speicherforschung formuliert, bei minimalem Eingriff in die Landschaft. Davon könne am Osser keine Rede sein. Problematisch sah Vetter die fehlenden Garantien für Gewerbesteuer und Rückbau und die fehlende persönliche Verantwortung des Investors. Dem Marktrat empfahl er sich dahingehend abzusichern. Weiter mahnte er zur Vorsicht hinsichtlich der schwammigen Formulierungen der PwC Wirtschaftlichkeitsanalyse. Anfängliche Gewinne seien privat, die Verluste würden der Allgemeinheit aufgebürdet. Vispiron unterstellte er, aufgrund der Aussage, dass die Entscheidung bei den Behörden liege, mangelndes Demokratieverständnis.

„Es geht nicht über Eure Köpfe, auch wenn es theoretisch möglich wäre.“ Zu den jetzigen Plänen könne es nur ein Nein geben und bei einem negativen Votum werden das PSW sicher nicht gebaut. -as-